



## BÜRGER / FAKTEN

### SEEBRÜCKE: Wir haben Hannover Orange gefärbt!

*(Pressenza)* Die SEEBRÜCKEN aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg und vielen anderen Orten haben am 27. April in Hannovers Innenstadt eine gemeinsame Demonstration veranstaltet, die unter dem Motto "Sichere Fluchtwege jetzt - Kampf der Festung Europa!" stand. Laut Angaben der Veranstalter kamen über 2.500 Menschen zusammen, um ein starkes Zeichen gegen das Masensterben im Mittelmeer ... (S. 2)

## POLITIK / REDAKTION

### Wikileaks - finstere Aussichten für Assange ...

*(SB)* - Sichtlich erschüttert nach dem Besuch bei ihrem Freund Julian Assange präsentierte sich die Hollywood-Schauspielerin und Bürgerrechtlerin Pamela Anderson den wartenden Journalisten am 7. Mai vor den Toren des südenglischen Hochsicherheitstrakts Belmarsh. Das ehemalige Mitglied der erfolgreichen TV-Serie Baywatch äußerte sich höchst besorgt über den physischen Zustand Assanges und beklagte dessen Unterbringung in einer Anstalt, die auf die Verwahrung von Gewaltverbrechern und "Terroristen" ausgelegt ist und nicht umsonst als "Guantánamo" Großbritanniens gilt.... (S. 4)

*poolal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Guatemala

### "Marsch der Würde" erreicht Guatemala-Stadt



*Der 'Marsch der Würde' ist am 1. Mai in Quetzaltenango gestartet  
Foto: Prensa Comunitaria*

*(Guatemala-Stadt, 8. Mai 2019, telesur)* - Der "Marsch der Würde" hat am Mittwoch, 8. Mai, nach acht Tagen die guatemaltekeische Hauptstadt erreicht. Mit dem Marsch haben 1.500 guatemaltekeische Bäuer\*innen, Indigene und Mitglieder sozialer Bewegungen gegen Korruption, aber auch gegen Kriminalisierung und Verfolgung seitens der Regierung demonstriert. Zudem versuchten sie mit dem Marsch ihre Rechte und

ihr Land zu verteidigen, von dem sie teilweise von Unternehmer\*innen vertrieben worden sind.

Nach Angaben der Vereinigung zum Schutz der Menschenrechteverteidiger\*innen in Guatemala UNDEFEGUA (Unidad de Protección a Defensores y Defensoras de Derechos Humanos en Guatemala) sind im Januar und Februar dieses Jahres über 300 Anzeigen wegen Landraubs eingegangen.

Der "Marsch der Würde", der von Gruppen von Landaktivist\*innen

organisiert wurde, ist am 1. Mai in Quetzaltenango im Westen Guatemalas gestartet und über 100 Kilometer bis in die Hauptstadt gelaufen, wo die Demonstration am Mittwoch auf dem Hauptplatz enden sollte.

*Ausführlicher Bericht über den Beginn des Marsches:*

<http://www.prensacomunitaria.org/los-pasos-de-un-pueblo-cansado-de-la-corrupcion-y-la-impunidad/>

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/poonal/marscher-wuerde-erreicht-guatemala-stadt>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.com/infopool/buerger/fakten/bfai0266.html>



## BÜRGER UND GESELLSCHAFT / FAKTEN

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München*

### SEEBRÜCKE:

#### Wir haben Hannover Orange gefärbt!

*Nachricht vom 8. Mai 2019*

Die SEEBRÜCKEN aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg und vielen anderen Orten haben am 27. April in Hannovers Innenstadt eine gemeinsame Demonstration veranstaltet, die unter dem Motto "Sichere Fluchtwege jetzt - Kampf der Festung Europa!" stand.

Laut Angaben der Veranstalter kamen über 2.500 Menschen zusammen, um ein starkes Zeichen gegen das Massensterben im Mittelmeer und die europäische Abschottungspolitik zu setzen, und machten so die Demonstration zu einem Riesenerfolg. Laut, entschlossen und vielfältig wurde gefordert:

"Wir hören nicht auf, bis kein Mensch mehr im Mittelmeer ertrinkt und alle Schiffe wieder frei sind."

Mit dabei war auch die von Seebrücke organisierte Proteststaffel für Humanität und Solidarität [1], die zur Zeit durch deutsche Städte tourt, und die zusammen mit vielen anderen Protestaktionen am 19. Mai in einer großen europaweiten Demonstration gipfeln wird. Im Folgenden publizieren wir dazu den Aufruf von SEEBRÜCKE:

#### Europaweite Demo am 19. Mai: #1EuropaFürAlle

Wir rufen auf zu den Demonstrationen unter dem Motto EIN EUROPA FÜR ALLE - DEINE STIMME GEGEN NATIONALISMUS, weil wir für ein ganz anderes Europa eintreten, das nicht identisch ist mit der heute existierenden EU.

- Ein Europa, das tatsächlich offen für alle ist und in das Menschen nicht mit Schlauchbooten, sondern mit Fähren und Flugzeugen kommen können.

- Ein Europa, in dem Nationalität und Hautfarbe keine Rolle spielen und in dem niemand in Lagern leben muss.

- Ein Europa, in dem alle die gleichen Rechte haben, egal ob schon ihre Großeltern hier gelebt haben oder sie gerade erst angekommen sind.

- Ein Europa, in dem niemand Angst haben muss, weder vor rassistischer Diskriminierung, noch vor sozialem Elend oder davor, zurück in Not und Bürgerkrieg geschickt zu werden.

Wir verstehen unseren Aufruf zu den Demonstrationen am 19. Mai

als einen Aufruf zum Protest und zum Widerstand: Gegen rechte Parteien, ihren Rassismus und Nationalismus ebenso wie gegen die Politik der EU.

Wir wollen insbesondere gemeinsam mit all den Menschen auf die Straße gehen, denen das Wahlrecht in Deutschland und der EU vorenthalten wird und die staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus ausgesetzt sind. Denn Demokratie besteht nicht im Wählen gehen allein - und Veränderung zum Guten kommt nicht von oben.

Die Außengrenzen der Europäischen Union sind ein Massengrab. Zehntausende Menschen sind beim Versuch, in Europa Schutz vor Verfolgung, Krieg und Elend zu finden, ums Leben gekommen. Das Sterben im Mittelmeer ist kein unvermeidliches Unglück, sondern das Resultat einer gezielten Politik der Abschreckung und des Sterbenlassens. Die Behinderung und Kriminalisierung der freiwilligen Seenotrettung ist die Spitze des Eisbergs dieser inhumanen Politik.

Die Europäische Union feiert sich gern für ihren Einsatz für Frieden und Menschenrechte. Wir finden jedoch, dass es nichts zu feiern gibt angesichts der Toten im Mittelmeer und angesichts der Mitverantwortung der EU für die weltweiten Fluchtursachen: Mitverantwortung durch Rüstungsexporte, durch eine Handelspolitik, die das Elend in vielen Ländern des Südens verschlimmert oder durch die Tatenlosigkeit beim Klimaschutz. Der Friedensnobelpreis, den die EU 2012 erhalten hat, ist eine Farce und hätte längst schamvoll zurückgegeben werden müssen.

Nicht das Erstarken faschistischer und rechter Parteien in vielen Ländern Europas ist dafür verantwortlich, dass aus Europa eine Festung geworden ist, vor deren Mauern die Menschen ertrinken. Es ist genau umgekehrt: Es waren die Parteien der Mitte, die für Jahrzehnte der Abschottungspolitik und Jahrzehnte einer unsozialen, neoliberalen Politik zu Lasten der Mehrheit verantwortlich sind. Sie erst haben den Boden bereitet, auf dem jetzt die Hetze von Orban und Salvini, von Le Pen und Gaulland gedeiht.

Die SEEBRÜCKE ist eine Bewegung von unten, die sich engagiert für sichere Fluchtwege, für unbehinderte Seenotrettung und für ein Ende des Sterbens an den europäischen Grenzen.

Die SEEBRÜCKE fordert ein Ende der Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen "Küstenwache", die Menschen in schlimmste Internierungslager mit Folter und Misshandlungen zurück bringt. Ebenso protestieren wir gegen die Verschiebung der Flüchtlingsabwehr nach Süden, was die Opferzahlen in den Wüsten steigen lässt. Wir wenden uns damit sowohl gegen die Politik der EU, der Bundesregierung als auch gegen alle rechten und rassistischen Parteien.

Sehr viele Städte in Deutschland haben sich zu sicheren Häfen erklärt und damit ihre Bereitschaft bekundet, aus Seenot Gerettete aufzunehmen. Diesen Worten müssen nun Taten folgen! Es gibt ein Netzwerk solidarischer Städte in ganz Europa.

Möglich gemacht hat dies das kollektive Engagement hundert-

tausender Menschen. Auf sie setzen wir unsere Hoffnungen. Ihre Stimme muss noch lauter werden.

**DAMIT EIN EUROPA FÜR ALLE WIRKLICHKEIT WERDEN KANN.**

*Dieses Youtube-Video gibt Eindrücke des 27.04. aus Hannover wieder:*

<https://youtu.be/qmY9X42hXLQ>

*Alle weiteren Infos gibt es auf auf seebruecke.org:*

<https://seebruecke.org/>

*und ein-europa-fuer-alle.de:*

<https://www.ein-europa-fuer-alle.de/>

#### **Anmerkung:**

[1] <https://seebruecke.org/protest-staffel-fur-humanitat-und-solidaritat/>

*Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0*

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

#### **Quelle:**

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)

Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.com/infopool/buerger/fakten/bfak0542.html>



**pressenza**  
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

## **Wikileaks - finstere Aussichten für Assange ...**

(SB) 9. Mai 2019 - Sichtlich erschüttert nach dem Besuch bei ihrem Freund Julian Assange präsentierte sich die Hollywood-Schauspielerin und Bürgerrechtlerin Pamela Anderson den wartenden Journalisten am 7. Mai vor den Toren des südenglischen Hochsicherheitstrakts Belmarsh. Das ehemalige Mitglied der erfolgreichen TV-Serie Baywatch äußerte sich höchst besorgt über den physischen Zustand Assanges und beklagte dessen Unterbringung in einer Anstalt, die auf die Verwahrung von Gewaltverbrechern und "Terroristen" ausgelegt ist und nicht umsonst als "Guantánamo" Großbritanniens gilt. Begleitet wurde Anderson von Wikileaks-Chefredakteur Kristinn Hrafnsson, der die Isolationshaftbedingungen von Assange verurteilte. Während der Isländer meinte, Assange habe zwar Gewicht verloren, sei aber "seelisch stark", erklärte Anderson, das Leben des Gründers von Wikileaks sei in Gefahr und müsse "gerettet werden". Es gibt gute Gründe, den Pessimismus des berühmten Fotomodells als wirklichkeitsgerecht zu teilen.

Aus Angst vor der Auslieferung nach Schweden und von dort in die USA flüchtete Assange 2012 in die Botschaft Ecuadors in London. Die ursprünglichen Vorwürfe sexueller Nötigung 2010 in Stockholm haben die schwedischen Behörden 2017 nach einer reichlich verspäteten Befragung Assanges in der ecuadorianischen Botschaft fallengelassen. Auf

Veranlassung des neuen Präsidenten Ecuadors, Lenin Moreno, hob die Regierung in Bogota am 11. April Assanges Asylstatus auf und machte damit den Weg für seine Festnahme durch die britische Polizei am selben Tag frei. Am 1. Mai erhielt er vom zuständigen Gericht in London wegen Verstoßes gegen die früheren Kautionsauflagen die Höchststrafe von zwölf Monaten Freiheitsentzug. Zwei Tage später kritisierte die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierung das Urteil als "unangemessen" und brachte ihre Sorge wegen der "unfairen Behandlung" Assanges zum Ausdruck.

Bereits am 2. Mai hatte Assange bei der ersten Anhörung im Auslieferungsverfahren auf die Möglichkeit, gleich an die US-Behörden übergeben zu werden, um die ganze Affäre zu beschleunigen, verzichtet. Per Videoschaltung aus Belmarsh erklärte der 47jährige Australier: "Ich möchte mich nicht der Auslieferung wegen eines Journalismus', der viele Auszeichnungen erhalten und viele Leute geschützt hat, überantworten." Demgegenüber malte vor Gericht der Rechtsvertreter des US-Regierung, Ben Brandon, ein Bild von Assange als chaosstiftender Hackerunhold, der mit seinen Hunderttausenden von ungebeten Wikileaks-Enthüllungen die nationale Sicherheit der USA gefährdet und Amerika in seiner historischen Mission als globale Ordnungsmacht schwer behindert habe.

Laut seiner australischen Anwältin Jennifer Robinson will Assange alle Rechtsmittel bis hin zum Gang vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Strasbourg ausschöpfen, um eine Überstellung an die Behörden in den USA, wo ihm wegen angeblicher Spionage ein lebenslanger Freiheitsentzug bzw. möglicherweise die Todesstrafe droht, zu verhindern. Beobachter stellen sich deshalb auf einen langjährigen Rechtsstreit in England ein. Doch es könnte ganz anders kommen.

In einem Artikel, der am 7. Mai auf der rechtslibertären US-Politwebsite LewRockwell.com unter der Überschrift "Pray and Weep" erschienen ist, hat Karen Kwiatkowski folgendes - in der Übersetzung der SB-Redaktion - geschrieben:

"... im Vorfeld irgendeiner Entscheidung über die Auslieferungssache haben US-Regierungsmitarbeiter vom Verteidigungsministerium, vom FBI und von der CIA, Assange im Gefängnis Belmarsh vernommen."

Vernehmen ist aber die falsche Bezeichnung. Ich würde lieber ärztlich behandeln sagen, wenn gleich jene Formulierung einen positiven Ausgang als Ergebnis impliziert. Chemical Gina [Haspel, die amtierende CIA-Direktorin - Anmerkung der SB-Redaktion] hat hier das Sagen und nach unseren Informationen wird Assange mit 3-Chinuclidinylben-

zilat, auch BZ genannt, "behandelt".

Nach einem längeren Zitat aus der Zeitschrift New Yorker über das "Wahrheitsserum" BZ, das im Rahmen früherer Experimente der CIA bei Probanden nach der Verabreichung halluzinogene Vorstellungen und Angstzustände auslöste und nach dem Ausklingen schwere Depressionen sowie Realitätsverlust verursachte, verweist Kwiatkowski auf die Einschätzung ihres Freundes und Mitstreiters Ray McGovern, demzufolge der "tiefe Staat" Amerikas Assange wegen seiner höchst erfolgreichen Enthüllungsarbeit "vernichten" will. Dafür gibt es bereits Vorbilder. Der frühere Whistleblower David Shayler vom britischen Inlandsgeheimdienst MI5 zum Beispiel, der 1997 die frühere Zusammenarbeit zwischen dem briti-

schon Auslandsgeheimdienst MI6 mit Al-Kaida-"Terroristen" in Libyen zwecks Ermordung Muammar Gadhafis publik machte, verbrachte 2002 mehrere Monate in Gefängnis Belmarsh. Seitdem gilt er als psychisches Wrack, das unter religiösen und anderen Wahnvorstellungen leidet.

Wenngleich Kwiatkowski keine Angaben darüber machte, wie sie von der Sonderbehandlung Assanges mit Psychopharmaka erfahren hat, ist der ehemaligen US-Luftwaffenoberstin eine hohe Glaubwürdigkeit zu bescheinigen. 2003 hat sie als Mitarbeiterin der Nahost-Abteilung des Pentagon die Manipulation von Geheimdienstkenntnissen, die dort unter der Regie von Paul Wolfowitz und Douglas Feith stattfand, um einen Vorwand für den illegalen Angriffskrieg der

Regierung von US-Präsident George W. Bush gegen den Irak Saddam Husseins zu fabrizieren, öffentlich gemacht. Seitdem arbeitet sie mit Ray McGovern, dem ehemaligen Chef der Sowjetabteilung bei der CIA, und den anderen Veteran Intelligence Professionals for Sanity zusammen, um die Kriegstreiberei Washingtons zu demaskieren. In den letzten 16 Jahren haben die VIPS mit gut recherchierten Artikeln und Aufrufen bei Consortium News immer wieder versucht, den Propagandisten im Weißen Haus, State Department, Pentagon und US-Kongreß in bezug auf Syrien, Iran, Afghanistan, Libyen sowie Russiagate den Wind aus den Segeln zu nehmen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/mden-481.html>

## POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

### Mali - Debatte und Verschleierung ...

***Die Stabilisierung Malis ist ein Schwerpunkt des deutschen Engagements in der Sahel-Region und ein wichtiges Ziel der Afrikapolitik der Bundesregierung.***

*Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des Mandats [1]*

(SB) 9. Mai 2019 - Im Bundestag standen heute die ersten Lesungen der Anträge zur Verlängerung von Bundeswehreinheiten in Afrika an. Dabei ging es um die Beteiligung an zwei internationalen Missionen in Mali sowie um den Marineeinsatz gegen Piraten vor der Küste Somalias. Alle drei Einsätze sollen um ein Jahr bis zum 31. Mai 2020 verlängert werden, die Kosten belaufen sich auf fast 400 Millionen

Euro. Eine endgültige Entscheidung fällt der Bundestag wohl Mitte Mai, die Zustimmung des Parlaments gilt aufgrund der Mehrheitsverhältnisse als sicher.

Die Beteiligung an der EU-Mission "Atalanta" im Indischen Ozean verdankt sich handfesten deutschen Wirtschaftsinteressen. Das Seegebiet vor dem Horn von Afrika ist laut Bundesregierung "Verbindungsmitglied und Haupt-

handelsroute zwischen Europa, der Arabischen Halbinsel und Asien". Die Region habe "eine elementare Funktion für die Versorgungssicherheit" Deutschlands. Rund 20.000 Handelsschiffe pro Jahr passieren den Golf von Aden, die Meerenge zwischen dem afrikanischen Kontinent und der Arabischen Halbinsel. 90 Prozent des Handels zwischen Europa, Afrika und Asien laufen durch die Region.

Der Westen fährt damit seinen Reichtum an einem der ärmsten Länder der Welt vorbei. In Somalia herrscht gerade eine verheerende Dürre, knapp zwei Millionen Menschen hungern, unzählige sind auf der Flucht vor der Trockenheit. Blanke Not treibt junge Männer in die Arme von Piraten, die häufig arbeitslose Fischer aus den Küstendörfern rekrutieren, deren Lebensgrundlage die großen Fangschiffe aus den Industriestaaten mit ihren kilometerlangen Netzen zerstören. [2]

Die Mission "Atalanta", an der sich die Bundeswehr seit 2011 mit einem Aufklärungsflugzeug sowie rund 80 Soldaten beteiligt, die größtenteils in Djibouti stationiert sind, sieht die Große Koalition als vollen Erfolg. Das kann sie angesichts der verheerenden Entwicklung in Mali von dem dortigen Einsatz deutscher Streitkräfte nicht so leicht behaupten. Bundeskanzlerin Merkel hatte zuletzt die im nordmalischen Gao stationierte Truppe besucht und erklärt, die Mission sei schwierig und gehöre zu den gefährlichsten Einsätzen der Bundeswehr weltweit. Unter den insgesamt 3.361 deutschen Soldatinnen und Soldaten, die sich derzeit auf dreizehn Auslandseinsätze verteilen, erhalten die beiden größten Kontingente in Afghanistan und Mali nicht von ungefähr die höchste Gefahrenezulage.

Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich beansprucht Westafrika als sein Einflußgebiet und hat auch Deutschland Schritt für Schritt in das militärische Engagement eingebunden. Eine erste Anfrage, die Wahlen im Kongo

abzusichern, erfolgte 2005, kurz nachdem Angela Merkel Kanzlerin geworden war. Frankreich, Großbritannien und die USA führten 2011 Krieg gegen Libyen, um Gaddafi zu stürzen, einen Regimewechsel zu erzwingen und den Staat zu zerschlagen. Zwangsläufige Folge war eine Destabilisierung des Landes wie auch der gesamten Region, welche die Kämpfe in Mali maßgeblich befeuert und bewaffnet hat. Dort riefen die Franzosen 2013 gewissermaßen den Bündnisfall in Europa aus, seit 2015 wird zur Begründung zusätzlich die Flüchtlingsabwehr herangezogen.

Anfang 2013 beschloß der Deutsche Bundestag, die französische Militärintervention in Mali zu unterstützen und die Bundeswehr in dem westafrikanischen Land zu stationieren. Diese ist dort vor allem mit der Aufklärung rund um die nordmalische Stadt Gao befaßt und soll damit zur Überwachung des fragilen Waffenstillstands zwischen ehemaligen Separatisten und Regierung durch die UN-Truppe beitragen. Sie nutzt Drohnen, hat zwei Transall-Maschinen zum Lufttransport in Niamey stationiert und unterstützt auch französische Kampftruppen im Sahel. Vier deutsche Kampfhubschrauber des Typs Tiger und vier Transporthelikopter des Typs NH90 sollten zwischen Frühjahr 2017 und Sommer 2018 vor Ort eine Rettungskette gewährleisten. Im Juli 2017 starben beim Absturz eines Tiger-Hubschraubers rund 70 Kilometer nordöstlich der Stadt Gao zwei Soldaten der Bundeswehr. Deutsche Offiziere sind im Hauptquartier der MINUSMA in Bamako, im Joint Force Air Component Command

(JFACC) in Lyon und beim Ausbildungseinsatz der EU für Malis Streitkräfte (EUTM Mali) präsent.

Im Mai 2014 verabschiedete das Kabinett die "Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung". Darin ist von Potentialen Afrikas wie einem Zukunftsmarkt mit hohem Wachstum, reichen Ressourcen, landwirtschaftlicher Produktion und Ernährungssicherung die Rede, die für die deutsche Wirtschaft zunehmend interessanter würden. Aus diesen Gründen gelte es, das politische, sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Engagement Deutschlands in Afrika gezielt zu stärken sowie entschieden und substantiell zu handeln, wozu auch militärische Interventionen gehörten. In Mali arbeitet Deutschland mit einem autoritären Regime zusammen und führt Krieg, um seine wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen auf dem bevölkerungs- und rohstoffreichen Kontinent durchzusetzen wie auch Flüchtlinge schon in Afrika von Europa fernzuhalten. Neben den Einsätzen im Senegal, in Zentralafrika, am Horn von Afrika, in der Westsahara, im Sudan, im Südsudan und in Somalia ist die Präsenz deutscher Soldaten in Mali die mit Abstand größte auf dem afrikanischen Kontinent.

Mit insgesamt 1450 Soldaten übertrifft das vom Bundestag mandatierte Kontingent jenes in Afghanistan, und wie am Hindukusch ist auch in Mali ein Ende des Einsatzes nicht in Sicht. Vergleichbar entwickelt sich auch die Sicherheitslage, die sich dramatisch verschlechtert, während sich die Bundeswehr allen an-

derslautenden Aufträgen zum Trotz in zunehmendem Maße in die Kriegsführung verstrickt. Was den Parlamentsvorbehalt betrifft, muß die Entsendung von deutschen Soldaten zu Kriegseinsätzen in andere Länder vorab vom Bundestag genehmigt werden. Diese Kontrolle durch die Abgeordneten soll weiter eingeschränkt werden. Im November 2018 drückte es die damalige CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer so aus: "Ich glaube, dass eine europäische Armee Sinn macht. Auf dem Weg dorthin werden wir den Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze der Bundeswehr ein Stück zurückfahren müssen." Worauf das hinausläuft, illustriert die aktuelle Kontroverse um den nichtmandatierten Einsatz von 20 deutschen Kampfschwimmern der Bundesmarine in Niger, die dort einheimische Spezialkräfte ausbilden. [3]

Während Frankreich mit der Operation "Barkhane" in der Sahelzone einen Kampfeinsatz durchführt, ist die Bundeswehr ausschließlich zur Stabilisierung und Friedenssicherung mandatiert. Daß es zwangsläufig zu Überschneidungen kommt, liegt zum einen in der Natur dieser letztlich fiktiven Trennung, zum anderen an den Erfordernissen einer Kriegsführung, die mehr oder minder weit von den ideologischen Konstrukten deutscher und internationaler Mandatierung abweicht. So sollen deutsche Drohnen und Hubschrauber auch zur Unterstützung des französischen Militärs eingesetzt worden sein - Aufklärung und Transport sind eben ein weites Feld.

An der Stabilisierungsmission in Mali beteiligen sich mehr als 50

Nationen mit rund 11.000 Blauhelmsoldaten, circa 1.500 Polizisten und Zivilpersonal. Der Großteil des deutschen Einsatzkontingents ist mit aktuell 837 Soldaten in Gao (Camp Castor) stationiert. Deutschland stellt aber auch Personal für das Hauptquartier in Bamako und betreibt in Niamey, der Hauptstadt des benachbarten Niger, einen Lufttransportstützpunkt, um Material- und Personaltransporte sowie die medizinische Verwundetenversorgung zu ergänzen. EUTM ist eine Mission der EU mit dem Ziel des Trainings und der Beratung der malischen Streitkräfte und der G5-Sahel-Truppe (Mali, Mauretanien, Niger, Burkina Faso und Tschad). Zu EUTM gehören derzeit 191 deutsche Soldaten.

Die malische Regierung hat vor vier Jahren mit Separatistengruppen aus dem Norden ein Abkommen zur Aussöhnung geschlossen, dessen Umsetzung jedoch nicht vorankommt. Zahlreiche Konflikte machen dem ohnehin armen Land zu schaffen. Es wüten islamistische Milizen wie die von "Boko Haram", Ackerbauern kämpfen mit Viehhütern um das knappe Nutzland, diverse Banden treiben ihr Unwesen. Inmitten dieser zunehmend chaotischen Verhältnisse beuten Menschenhändler die Not geflohener Menschen aus, die sie nach Norden schleusen und nicht selten unkommen lassen. Während islamistische Gruppierungen an Einfluß gewinnen und den Staaten der Sahel-Region ein Zusammenbruch droht, ist die Mali-Mission die tödlichste, auf die sich die Vereinten Nationen jemals eingelassen haben: Seit Beginn im Jahr 2013 sind dort 180 Blau-

helmsoldaten gestorben, 15 allein in diesem Jahr. Ihrem offiziellen Auftrag zufolge sollen die Blauhelme Frieden in dem westafrikanischen Land schaffen und der Regierung in Bamako helfen, eine Aussöhnung mit den Rebellengruppen im Norden herbeizuführen. Der Konflikt hält jedoch seit sieben Jahren an, mehr als 250.000 Menschen sind auf der Flucht, wie hoch die Zahl einheimischer Opfer inzwischen ist, vermag niemand zu sagen.

Wie die Bundesregierung euphemistisch einräumt, sei die Sicherheitslage in einigen Landes-teilen "volatil" und "angespannt", bei der Umsetzung des Friedensabkommens bestehe "weiterhin Verbesserungspotenzial". "Der UN-Einsatz in Mali war für uns immer wichtig", erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Fritz Felgentreu. "An der Lage in Mali hängt auch unsere Sicherheit. Das Land ist eine Transitzone für Menschenhandel, Drogen und Waffen. Auch wirkt es sich auf die Stabilität in Nachbarstaaten aus, wie sicher Mali ist." Die Sicherheitslage im Einflußbereich der Bundeswehr habe sich "nicht verschlechtert", beteuert er. Man dürfe das Land nicht alleinlassen. Allerdings merkt selbst Felgentreu düster an: "Ob der malische Staat jemals in der Lage sein wird, überall für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, das ist eine offene Frage."

Nähme man die Aufgaben für bare Münze, die in das Mandat des Bundeswehreinsetzes in Mali hineinphantasiert werden, zeichnete sich als Bilanz eine groteske Überfrachtung und heillose Überforderung ab. Geht

man hingegen von einer zugleich verbündeten und konkurrierenden Allianz mit Frankreich aus, den hegemonialen Übergriff auf die afrikanischen Staaten zu exekutieren, betreibt deutsche Regierungspolitik ihr Geschäft der ökonomischen, politischen und militärischen Intervention auf dem Nachbarkontinent durchaus konsistent. Sich über das Scheitern vorgeblich humanitärer und

stabilisierender Militäreinsätze zu ereifern hieße dem Popanz militaristischer Deutungsmacht zu huldigen.

#### **Anmerkungen:**

[1] [www.tagesspiegel.de/politik/deutsche-soldaten-in-afrika-ist-die-bundeswehr-in-mali-ueberfordert/24204146.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/deutsche-soldaten-in-afrika-ist-die-bundeswehr-in-mali-ueberfordert/24204146.html)

[2] [www.tagesspiegel.de/politik/deutsche-auslandseinsaetze-was-die-bundeswehr-in-afrika-erreicht-hat-und-was-nicht/24318682.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/deutsche-auslandseinsaetze-was-die-bundeswehr-in-afrika-erreicht-hat-und-was-nicht/24318682.html)

[3] [www.spiegel.de/politik/ausland/bundeswehr-in-niger-rechtsbruch-in-camp-wuestenblume-a-1266228.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/bundeswehr-in-niger-rechtsbruch-in-camp-wuestenblume-a-1266228.html)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1740.html>

---

## **POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT**

---

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

### **Hohe Noten für Kevin Kühnert**

*von Günter Buhlke, 8. Mai 2019*

Mit bemerkenswerter Eile und Einigkeit reagierten die großen Print- und TV-Medien Deutschlands auf eine verständliche Meinungsäußerung des Jusovorsitzenden der SPD. Dass er sich zu Wort meldet, ist so erfreulich wie die Auftritte von Greta Thunberg. Und er hat viele gute Gründe dafür.

Die Medien sind angesichts der 2019 und 2021 anstehenden politischen Wahlen als Sprachrohr der Mächtigen sichtbar nervös. Die Zeiten großer Parteimehrheiten für die Regierungsführung im gewohnten Stil sind vorbei. Die in den Startblöcken stehende Opposition, besonders die Entwicklung der AFD, lassen schwierige Koalitionsgespräche erwarten. Sie fordern Veränderungen in vielen Bereichen der Tagespolitik. Das Hickhack der Koalitionsverhandlungen nach der Wahl 2017 lässt

Risiken für die Regierungsbildung in drei Bundesländer in diesem Jahr und 2021 in Deutschland erwarten.

Aus seinem Geschichtsverständnis heraus hat Kevin Kühnert gelernt, dass die menschliche Gesellschaft auf anhaltende problembeladene Zustände schon immer mit Visionen reagierte, wie es besser gehen könnte. Zu erinnern sei an den regierungserfahrenen Thomas Morus, an die Aufklärer, die mit ihren Visionen eine Revolution für das bürgerliche Frankreich und Nordamerika vorbereitet hatten. Die SPD reagierte auf die Misere des entstehenden Kapitalismus mit verschiedenen Programmen von Erfurt bis zu Heidelberg. Die CDU formulierte das Dilemma in ihrem ersten Parteiprogramm nach dem II. Weltkrieg 1947 so. Zitat: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem

ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen". Die Idee einer Neuordnung des Kapitalismus steht aus. Alternativversuche im 20. Jahrhundert hatten noch keinen dauerhaften Erfolg.

Die aktuelle Lage in Deutschland und in der globalisierten Welt braucht Alternativen in sozialen und Umweltbereichen. Das hat nicht nur Kühnert erkannt. Beispiele: Die Finanzkrise von 2010 schwelt weiter. Die Einkommensentwicklungen verlaufen extrem gegensätzlich. Die Wirtschaft entscheidet sich stets für die Profitlogik, nicht für die Natur oder soziale Belange. Autoindustrie



und Wohnungswirtschaft sind aktuelle Prototypen, wie schon lange die Rüstungsindustrie, die die Steuergelder sinnlos verschlingt. Der nationale Egoismus in den USA und in der EU gewinnen an Raum, der Wirtschaftsegoismus ist auch in Deutschland ungebrochen. Kevins Menschenrechte auf Arbeit, Wohnraum, Frieden und Gleichberechtigung sind keine Utopien ferner Zeiten.

Die Profitlogik der deutschen Großindustrie und von Black-Rock ist ungebrochen. Mit Gesetzen auf freiwilliger Basis sind keine grundsätzlichen Veränderungen erreichbar. Das beweist die bisherige Geschichte.

Über die Zukunft nachzudenken und sich Veränderungen vorzustellen, ist ein Anrecht der jungen Generation; auch Diskussionen anzustoßen. Im Übrigen sind Enteignungen kein Alleinmerkmal von links. Im Arbeitsprozess, beim Aktienverfall, im Wettbewerb sind Enteignungen der Normalfall.

Enttäuschend ist die Reaktion einiger Vorstandsmitglieder der SPD auf die Meinungsäußerungen von Kevin Kühnert. Die Argumente von Sigmar Gabriel kommen aus der ideologischen Mottenkiste (Berliner Zeitung von 6.5.2019). Sie helfen weder Kevin noch der SPD. Verelendung und Obdachlose in Folge der Arbeitslosigkeit gab es in der DDR nachweislich nicht; auch keinen Hunger. Die DDR-Wirtschaft hat die Grundbedürfnisse befriedigen können.

Fazit: Die neoliberale Marktwirtschaft ist nicht in der Lage, die elementaren Bedürfnisse der Gesellschaft und der Natur ohne Krisen zu befriedigen.

### Über den Autor

Günter Buhlke, geb. 1934. Verh. Studium an der Humboldtuniversität und der Hochschule für Ökonomie Berlin. Dipl. Volkswirtschaftler. Internationale Arbeit als Handelsrat in Mexiko und Vene-

zuela. Koordinator für die Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu Lateinamerika. Wirtschaftserfahrungen als langjähriger Leiter des Schweizerischen Instituts für Betriebswirtschaft in Berlin, Vorstand einer Wohnungsgenossenschaft und Referent im Haushaltsausschuss der Volkskammer und des Bundestages. Gegenwärtig ehrenamtliche Tätigkeiten.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

### Quelle:

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmsp0861.html>

## UMWELT / REDAKTION / KLIMA

### USA - nach uns die Sintflut ...

(SB) 9. Mai 2019 - Beim diesjährigen Treffen des Arktischen Rats wurde erstmals keine gemeinsame Abschlusserklärung abgegeben. US-Außenminister Mike Pompeo hatte sich geweigert, Bezüge zum Klimawandel in dem Entwurf zu unterzeichnen. Zugleich ließ der frühere CIA-Chef und Folterbefürworter eine Haßtirade gegen Rußland und China vom Stapel.

Andere Mitglieder des Arktischen Rats dagegen sind in tiefer Sorge, weil sich die Arktis unter der globalen Erwärmung schneller verändert als jede andere Weltregion.

Der 1996 gegründete Arktische Rat setzt sich zum einen aus Vertretungen von sechs Organisationen der indigenen Völker der Arktis und zum anderen von den Anrainerstaa-

ten Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Norwegen, Rußland, Schweden und den USA zusammen. Darüber hinaus haben weitere Staaten sowie Organisationen wie zum Beispiel das Umweltprogramm der Vereinten Nationen oder der WWF einen Beobachterstatus.

Bereits zu Beginn des 11. Treffens des Arktischen Rats Anfang

Mai, das unter Leitung Finnlands in der Stadt Rovaniemi stattfand, kündigte der finnische Außenminister Timo Soini an, daß diesmal nicht wie bisher üblich eine gemeinsame Abschlusserklärung abgegeben wird. Statt dessen hat der Rat eine kürzere ministeriale Stellungnahme veröffentlicht, in der der Klimawandel nicht erwähnt wird. Der ursprüngliche Entwurf jedoch, den zu unterzeichnen die USA abgelehnt haben, wurde von Soini unter dem Titel "Chair's Statement", also Stellungnahme des Vorsitzes des Rats, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. [1]

Darin wird der Klimawandel als "fundamentale Herausforderung" bezeichnet und es werden ausdrücklich die Wichtigkeit des Klimaabkommens von Paris sowie die Ergebnisse des UN-Klimagipfels COP24 im polnischen Katowice anerkannt. Die USA haben jedoch das Pariser Übereinkommen verlassen. Auf Frage der Medien sagte Pompeo nur, daß das Pariser Abkommen nichts gebracht hat. Was er dazu nicht sagte: Es hat deshalb wenig gebracht, weil es zu lasch ist, unverbindlich bleibt und die darin festgehaltenen Nationalen Klimaschutzverpflichtungen - so sie überhaupt eingehalten werden - auf eine Welt hinauslaufen, die im Durchschnitt 3 bis 3,5 Grad Celsius wärmer ist als die Welt zur vorindustriellen Zeit und deshalb von schwerwiegenden Naturkatastrophen gekennzeichnet sein wird.

Die US-Regierung ist nicht etwa aus dem Pariser Übereinkommen ausgestiegen, weil es zu wenig ambitioniert ist, sondern weil sie sich an überhaupt keine interna-

tionalen Klimaschutzbestimmungen gebunden fühlt. Die Trumpregierung leugnet, daß eine Erderwärmung stattfindet, für die menschengemachte Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft und der Verbrennung fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) hauptverantwortlich sind. In den USA gründet ein kleiner Kreis von Profiteuren der destruktiven Energiepolitik seinen Wohlstand nicht zuletzt auf die fossile Energiewirtschaft.

So schließt sich der Kreis zum Arktischen Rat und dem kaum verhohlenen Zerwürfnis zwischen den USA und allen anderen. Dem noch nicht genug, hat der US-Außenminister, der dem rechtsnationalen Flügel der Tea Party innerhalb der Republikanischen Partei angehört hat, das Podium genutzt, um sowohl China als auch Rußland anzufinden.

Die Rede Pompeos markiert einen folgenschweren Wendepunkt im Verhältnis der USA zu den anderen Staaten hinsichtlich der Arktis. So bezeichnete es Pompeo als "Luxus", daß sich der Arktische Rat zwei Jahrzehnte lang fast ausschließlich mit wissenschaftlicher Zusammenarbeit, kulturellen Angelegenheiten und Umweltforschung befaßt hat. Diesen Luxus habe man in den nächsten hundert Jahren nicht. Denn: "Wir treten in ein neues Zeitalter strategischen Engagements in der Arktis ein", erklärte er und meinte damit selbstverständlich nicht das strategische Engagement der USA, sondern ihrer mutmaßlichen Widersacher. Die Arktis birgt 13 Prozent des unentdeckten Erdöls, 30 Prozent des unentdeckten Erdgases, reichlich Uran, seltene Erden, Gold, Diamanten und Millio-

nen Quadratkilometer ungenutzte Ressourcen sowie Fische im Überfluß, versuchte Pompeo die wirtschaftliche Ausbeutung dieser ökologisch hochempfindlichen Region schmackhaft zu machen. [2]

China genieße Beobachterstatus im Arktischen Rat. Seine Worte und Taten ließen allerdings Zweifel über seine Absichten in der Region aufkommen, behauptete der US-Außenminister. Die Investitionen Chinas in der Arktis seien durchaus willkommen - laut Pompeo betragen sie fast 90 Mrd. Dollar im Zeitraum von 2012 bis 2017 -, doch sieht er die Gefahr, daß China seine zivile Forschungspräsenz dazu nutzen könnte, um dort seine militärische Präsenz zu stärken. Dazu zähle auch der Einsatz von Unterseebooten "zur Abschreckung gegen Nuklearangriffe".

Da fragt man sich, wenn das Pompeos Befürchtung ist, wer solche Nuklearangriffe gegen China führen könnte. Weiter sprach der US-Außenminister von einem "aggressiven Verhalten" Chinas in anderen Teilen der Welt und setzte seine Feinbildproduktion mit den Worten fort:

"Fragen wir uns einfach selbst: Wollen wir, daß die arktischen Nationen im allgemeinen und die indigenen Gemeinschaften im besonderen den Weg der ehemaligen Regierungen Sri Lankas oder Malaysias gehen, die in Schulden und Korruption verwickelt sind? Wollen wir, daß wichtige arktische Infrastrukturen wie die von China in Äthiopien gebaute Straßen enden, die nach nur wenigen Jahren zerfallen und gefährlich

sind? Wollen wir, daß sich der Arktische Ozean in ein neues Südchinesisches Meer verwandelt, das von Militarisierung und konkurrierenden territorialen Ansprüchen geprägt ist? Wollen wir, daß die empfindliche arktische Umwelt den gleichen ökologischen Verwüstungen ausgesetzt ist, die von Chinas Fischereiflotte in den Meeren vor ihrer Küste oder von unregulierten industriellen Aktivitäten im eigenen Land verursacht werden? Ich denke, die Antworten sind ziemlich klar."

Auch Rußland wird des aggressiven Verhaltens bezichtigt, weil es die Nordostpassage, die durch seine Ausschließliche Wirtschaftszone führt, für sich beansprucht und fordert, daß ausländische Schiffe russische Lotsen an Bord lassen müssen. Auch kritisiert Pompeo die Pläne, diesen Seeweg der Seidenstraßeninitiative Chinas anzugliedern.

Würde man Pompeo nur auf diesen einen der zahlreichen eklatanten Widersprüche in seiner Rede ansprechen, daß er einerseits das Verschwinden des Meereises als Chance für kürzere Handelsrouten preist, im gleichen Atemzug die verkürzten Handelswege im Rahmen des Seidenstraßenprojekts aber kritisiert, hätte er damit vermutlich überhaupt kein Problem. Denn die USA sind gut, China und Rußland böse. Mit so einem Weltbild lebt es sich leicht, und das um so mehr, wenn man davon ausgeht, daß alles, was man macht, von Gott gewollt ist. Das gilt nicht nur für den evangelikalen Endzeitapologeten Pompeo, sondern auch für andere Mitglieder der US-Regierung wie zum Beispiel Vizepräsident Mike Pence.

Malte Humpert, Gründer des Arctic Institute, erklärte in Anspielung auf die Rede Pompeos, daß die Politik der Trump-Administration nun auch in der Arktis angekommen ist. Habe man gehofft, der Arktische Rat sei dagegen abgeschirmt, müsse man nun erleben, wie nach der Politik "Make the Arctic Great Again" verfahren werde. Wie Humpert sieht auch die heutige Leiterin des Arctic Institutes, Victoria Herrmann, die Gefahr einer Schwächung des Arktischen Rats. Ein solches Forum, das für seinen Zusammenhalt bekannt sei, werde nun durch das "aggressive" Verhalten der USA gefährdet. Und weiter: "Die absichtliche Vernachlässigung der Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben der nördlichsten Bürger Amerikas durch die Trump-Administration ist eine weitaus größere Bedrohung unserer nationalen Interessen als die gemeinsamen Ambitionen Chinas und Russlands in der Region." [3]

Die USA haben das UN-Seerechtsübereinkommen nicht ratifiziert, maßen sich aber an, in der Arktis dafür zu sorgen, daß dort laut Pompeo keine "Gesetzlosigkeit" herrscht. Dabei sind es ausgerechnet die USA, die sich zu keinen internationalen Klimaschutzbestimmungen verpflichten wollen. Eine Folge dieser zügellosen extraktivistischen Politik ist beispielsweise, daß die Trump-Administration die Erdölförderung an der Nordküste Alaskas freigegeben hat.

Ähnlich wie die USA auch die Militarisierung des Weltraums vorantreiben und dort die uneingeschränkte Vorherrschaft beanspruchen, wollen sie in der Arktis

das Sagen haben. Allerdings ohne dabei Verpflichtungen einzugehen bzw. sich an die Pflichten zu halten, die sie anderen auferlegen.

Würden alle Staaten eine Klimapolitik wie die USA betreiben, würde das als erstes den Lebensraum und die Kultur der Indigenen in der Arktis zerstören. Dann käme der ganze Planet an die Reihe, denn was im Hohen Norden geschieht, ist zwar auch Folge globaler Entwicklungen, aber nicht nur. Umgekehrt hat das Verschwinden des arktischen Meereises ebenfalls Rückwirkungen auf die globale Erwärmung. Mit der Einstellung, die die gegenwärtige US-Regierung an den Tag legt, sollte sie die letzte sein, die irgend etwas in der Arktis zu sagen hätte. Doch augenscheinlich hat US-Präsident Donald Trump mit dem Evangelikalen und früheren Sonntagsprediger Mike Pompeo genau den richtigen Mann für seine Nachmir-die-Sintflut-Politik gefunden.

#### **Anmerkungen:**

[1] [https://arctic-council.org/images/PDF\\_attachments/Rovaniemi-Statement-from-the-chair\\_FINAL\\_840AM-7MAY.pdf](https://arctic-council.org/images/PDF_attachments/Rovaniemi-Statement-from-the-chair_FINAL_840AM-7MAY.pdf)

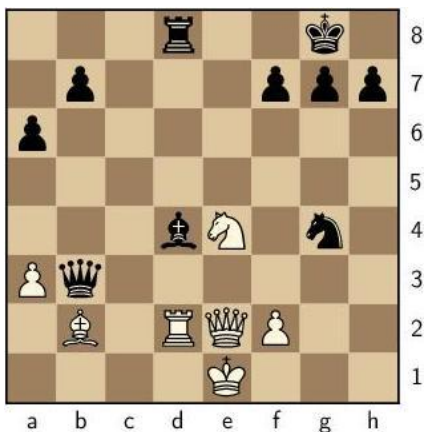
[2] <https://www.state.gov/secretary/remarks/2019/05/291512.htm>

[3] <https://www.thearcticinstitute.org/the-arctic-institutes-reaction-to-the-outcome-of-the-11th-ministerial-meeting-of-the-arctic-council/>

*<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-703.html>*

**SCHACH - SPHINX****Aus dem Mundwinkel hing ihm die Zigarette**

(SB) - Den Kopf leicht schräg geneigt, aus dem linken Mundwinkel hing ihm die qualmende Zigarette, die Haare, die ihm noch geblieben waren, links und rechts über den Ohren wirr und ungekämmt - wer erinnert sich an diesen Großmeister? Natürlich, so unvergleichlich am Brett sitzen konnte nur der Zauberkünstler aus Riga, Michael Tal. Eine Krawatte trug er ungern, und so bot er durchaus ein nonkonformistisches Bild im Gegensatz zu seinen sowjetischen Großmeisterkollegen, wenn die Reise wieder einmal zu einer Schacholympiade ging. Tal konnte sich nicht daran gewöhnen, beim Spiel adrett zu erscheinen. Daher trug er selten ein neues Jackett. In abgetragenen Klamotten erst konnten seine Gedanken frei fließen, beteuerte er, wie beispielsweise im heutigen Rätsel der Sphinx, wo er seinen Schweizer Kontrahenten Wirthensohn in zwei weiteren Zügen zur Kapitulation zwang. Zuvor jedoch hatte Tal die weiße Stellung nach allen Regeln der Kunst überrollt, Wanderer.



Wirthensohn - Tal  
Luzern 1982

*Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:*

Nur vermeintlich wurde der schwarze König ausreichend geschützt von seiner Garde, denn nach 1.Tf4-f6+! Ke6-d7 2.Tf6-d6+ Kd7-e8 - 2...Kd7- c7 3.Dc2-a4! - 3.Td6xc6 De7-d7 4.Dc2-g6+ Tf8-f7 - 4...Ke8-e7 5.Dg6-g5+ Ke7-e8 6.Tc6-d6 - 5.e5-e6 Dd7xc6 6.Dg6xf7+ Ke8-d8 7.e6-e7+ schlug der weiße Angriff vernichtend durch.

**Inhalt****Ausgabe 2915 / Freitag, den 10. Mai 2019**

- 1 BÜRGER/GESELLSCHAFT - FAKTEN:  
Guatemala - "Marsch der Würde" erreicht Guatemala-Stadt (poonal)
- 2 BÜRGER/GESELLSCHAFT - FAKTEN:  
SEEBRÜCKE - Wir haben Hannover Orange gefärbt! (Pressenza)
- 4 REDAKTION: Wikileaks - finstere Aussichten für Assange ...
- 5 POLITIK - KOMMENTAR: Mali - Debatte und Verschleierung ...
- 8 POLITIK - MEINUNGEN: Hohe Noten für Kevin Kühnert (Pressenza)
- 9 UMWELT - REDAKTION: USA - nach uns die Sintflut ...
- 12 SCHACH-SPHINX: Aus dem Mundwinkel hing ihm die Zigarette
- 12 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 10. Mai 2019

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN****Und morgen, den 10. Mai 2019**

+++ Vorhersage für den 10.05.2019 bis zum 11.05.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Sonne, Wolken, kurze Schauer,  
auch für Jean-Luc Grünhaut gilt:  
Regenjacke, das ist schlauer,  
wenn dabei der Hals auch schwillt.

**IMPRESSUM****Elektronische Zeitung Schattenblick**

Dienstanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberrecht und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.